

# Vorstellung von Eckpunkten eines Gesetzes zur bundesweiten Verteilung unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge

durch das BMFSFJ am 24. Februar 2015 in Berlin

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat am Dienstag, den 24.02.2015, Verbände und andere Interessenorganisationen zur Vorstellung der **Eckpunkte für ein sogenanntes „Gesetz zur Verbesserung der Versorgung und Betreuung unbegleitete ausländischer Minderjähriger“** nach Berlin eingeladen. Anwesend war auch Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (Einladender) und rund 50 Fachvertreter\_innen. Die IGfH wurde durch den Vorsitzenden, Dr. Hans-Ullrich Krause, dort vertreten.

## Hintergründe

Hintergrund der Neuregelungen, die dann auch das SGB VIII betreffen, sind Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenzen der Länder vom 17. Oktober 2014 und vom 11. Dezember 2014. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten hier die Bundesregierung unter Einbeziehung der Jugend- und Familienministerkonferenz sowie der Innenministerkonferenz, die rechtlichen Voraussetzungen für eine Verteilung von unbegleiteten Minderjährigen nach den Quoten des Königsteiner Schlüssels sowie für eine interkommunale Verteilung nach Jugendhilferecht zu schaffen und auch entsprechende Zuständigkeitswechsel für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge zu ermöglichen.

Im Königsteiner Schlüssel ist festgelegt, wie die einzelnen Länder der Bundesrepublik Deutschland an gemeinsamen Finanzierungen zu beteiligen sind. Der Anteil, den ein Land danach tragen muss, richtet sich nach seinem Steueraufkommen und seiner Bevölkerungszahl. Auch werden Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt (§ 45 Asylverfahrensgesetz).

**Der Bund wurde vor diesem Hintergrund aktuell aufgefordert, zeitnah bezüglich der Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) im Rahmen der Jugendhilfe (SGB VIII) einen Gesetzentwurf vorzulegen.**

Gleichzeitig verweist zugleich der Bundesverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge darauf, dass noch zwei weitere Gesetze 2015 auf den Weg gebracht werden sollen, nämlich der Gesetzesentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung (geplant: Sommer 2015) sowie der Gesetzesentwurf zur Umsetzung der EU Aufnahmerichtlinie und der EU Asylverfahrensrichtlinie (geplant: 1. Halbjahr 2015); vgl. dazu [http://www.b-umf.de/images/Ueberblick\\_Gesetzesvorhaben\\_2015.pdf](http://www.b-umf.de/images/Ueberblick_Gesetzesvorhaben_2015.pdf)

Den starken Anforderungen, die sich für einige Kommunen bei der Inobhutnahme und Gestaltung von Anschlussleistungen der Kinder- und Jugendhilfe akut aus den gestiegenen Zahlen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ergeben, soll aber – nach Vorstellung der politisch Verantwortlichen - vor allem durch ein **System der bundesweiten und landesinternen Umverteilung dieser jungen Menschen** beantwortet werden. Eine Zusammenfassung des Zeitplanes der Umsetzung sowie der Stellungnahmen zur bundesweiten Umverteilung finden Sie in der Zeitschrift Forum Erziehungshilfen Nr. 1 (2015), S. 30-31.

Zusammen mit den anderen Verbänden zur Erziehungshilfe hatte sich die IGfH hier grundsätzlich kritisch gegenüber dem Vorhaben geäußert und gleichzeitig eigene Eckpunkte formuliert. <http://www.igfh.de/cms/stellungnahme/unbegleitete-minderj%C3%A4hrige-fl%C3%BChtlinge->

[%E2%80%93kinderwohl-hat-vorrang](#) und auch <http://www.igfh.de/cms/stellungnahme/fachliche-und-fachpolitische-forderungen-zur-aktuellen-situation-der-unbegleiteten>

## Die Rahmendaten zum Verfahren der Umverteilung der UMF

Auf dem Informationsgespräch am 24.02.2015 hat nun das BMFSFJ die Vorstellungen zur politisch verordneten Umverteilung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge in Form einer SGB VIII Änderung präzisiert (die Powerpoint Präsentation des Bundesministeriums finden Sie [hier](#)). Die IGfH hat sich mit einigen Partner\_innen bei dem Treffen in Berlin gemeinsam mit anderen Vertreter\_innen auch jenseits der reinen Quotenfragen nochmals inhaltlich für Verbesserungen stark gemacht. So werden zum Beispiel die Möglichkeiten des Rechtsschutzes bei der Umverteilung angesprochen, die Gewährleistung einer vormundschaftlichen Versorgung betont, aber auch auf die Notwendigkeit einer unabhängigen Evaluation der angestrebten neuen Regelungen hingewiesen. Auch scheint der IGfH die Gefahr der Standardabsenkung und einer Zerteilung der Kinder- und Jugendhilfe für junge Menschen hier Vorschub geleistet zu werden (vgl. auch den kritischen Zwischenruf von Hans-Ullrich Krause zum Treffen am 24.02.2015).

Im Folgenden werden zur Information der Mitglieder der IGfH und der interessierten Öffentlichkeit die wichtigsten Eckpunkte der Veränderungen vorgestellt.

- Das BMFSFJ erklärte beim Berliner Gespräch auf Nachfrage, dass das neue Gesetz vorsehe, **in jedem Bundesland eine landesinterne Umverteilungsstelle** einzurichten. Dort würde dann unter Berücksichtigung des Kindeswohls über eine Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel entschieden. Diese Landesstellen regeln die Verteilung auf die Kommunen. Ohne gesonderte Regelung über das Landesrecht geht diese Aufgabe an die Landesjugendämter.
- Zur Umsetzung einer bundesweiten Verteilung wird der Bund bei einer **Bundesbehörde eine zentrale Stelle zur Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen** einrichten. Die Bundesbehörde legt das aufnehmende Bundesland fest. Die Verteilung nach einer Quote auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels beinhaltet eine Übergangsphase mit Pflicht zur stufenweisen Erhöhung der Aufnahmequoten. Die Aufnahmerichtlinien des BMI bleiben ausschlaggebend.
- Die **Länder sollten im besten Fall Kompetenzzentren bilden bzw. vorhandene ausbauen**, „um den Bedarfen der jungen Menschen fachlich und strukturell qualifiziert gerecht werden zu können“, so das BMFSFJ beim Vorstellungstermin (Zuständigkeitskonzentration). Selbstverständlich müsse es eine Übergangsphase zum Ausbau der notwendigen Strukturen geben. Voraussetzung für eine Übernahme von zu verteilenden Jugendlichen sei, „dass das aufnehmende Jugendamt geeignet sei“, dafür wäre in jedem Bundesland „die Eignung der Zuweisungsjugendämter zu formulieren“. **Das Verfahren muss nicht genutzt werden**, wenn die betroffenen Jugendämter andere Wege finden (flächendeckende Verteilung). Der Gesetzgeber wolle lediglich eine Möglichkeit zur Verteilung verankern. Damit haben die Länder die rechtliche Gestaltungsaufgabe festzulegen, ob sie Schwerpunktjugendämter bilden oder ob sie junge Menschen mit dramatischen Fluchterfahrungen auf alle Landkreise nach einem mathematischen Zuweisungsverfahren verteilen.

## Ablauf des Verfahrens und Änderungen des SGB VIII

- Die bundesweite Verteilung soll durch die Bundesstelle erfolgen, an die eine Landesstelle den entsprechenden Bedarf meldet. Dafür erfolgt vor der Umverteilung **eine vorläufige Inobhutnahme (neu SGB VIII § 42a)**. Diese sogenannte „vorläufige Inobhutnahme“ soll **maximal 7 Tage** dauern. Hier sind dann lediglich – neben den jugendhilferechtlichen Pflichtaufgaben der Jugendämter - eine Prüfung der Minderjährigkeit und ein Gesundheitscheck vorgesehen.
- Die **maximale Frist bis zur Fallübernahme durch das Zuweisungsjugendamt soll 14 Tage betragen**.
- Erst am Ort der Zuweisung soll dann ein Vormund bestellt werden. Hier erfolgt die **„endgültige“ Inobhutnahme**, das Clearing, die Anschlusshilfe.
- Die Jugendlichen sollen im Falle der Verteilung **durch eine geeignete Person an den Zielort begleitet werden**, wo dann eine Übergabe vom übergebenden zum übernehmenden Jugendamt erfolgt. Voraussetzung für alle Verfahrensschritte sind die Vorgaben des Jugendhilfrechts.
- Am bewährten Clearingverfahren würde festgehalten, so das BMFSFJ, im Falle einer Verteilung würde dieses Verfahren jedoch **zweigeteilt in ein schnelles Screening am Einreise- und ein qualifiziertes Clearing am Zuweisungsort**. Damit solle gewährleistet werden, dass für die Entscheidung über den Ort der Zuweisung zumindest die Frage nach verwandtschaftlichen Präferenzen geklärt sei.
- Nur **wenn das Verfahren länger als 2 Monate dauert, werden die jungen Menschen nicht mehr verteilt**.
- Auch **Gründe, die den Kindeswohlaspekt berühren**, sollen berücksichtigt werden. Dies beinhaltet neben konkreten psychischen und physischen Gefährdungslagen auch die bereits erfolgte Zuordnung der Jugendlichen zu Peergroups, mitreisende Geschwisterkinder und Verwandte.
- **Vorrang soll immer die landesinterne Umverteilung** haben, darüber hinaus soll dann landesnah verteilt werden.
- Schließlich soll **in § 89d SGB VIII der Kostenausgleich transparent und nachvollziehbar neu geregelt werden**. Wie dies konkret geschehen soll, scheint noch nicht klar zu sein. Festzustehen scheint, dass die Länder die ersten 14 Tage in den Kommunen refinanzieren ohne Einschluss der Verwaltungskosten.

Wichtig und positiv ist, dass nach dem neuen Gesetz – wie schon vor fast einem Jahr angekündigt – die **Definition der vollen Handlungsfähigkeit von jungen unbegleiteten Flüchtlingen vom 16. auf das 18. Lebensjahr heraufgesetzt wird** und der **Aufenthaltsstatus der Betroffenen besser gesichert werden soll**, so dass sie z.B. zeitnah eine Ausbildung beginnen und diese auch beenden sowie von Anfang an Jugendhilfeleistungen in Anspruch nehmen können.

## Welche Zeitabläufe zur Umsetzung sind geplant?

- Der **Gesetzesentwurf soll nach den bisherigen Planungen bis kurz vor Ostern vorliegen.**
- Es ist damit zu rechnen, dass das Gesetzgebungsverfahren dann mit Beratung und Anhörung 4 Monate dauert. Vermutlich wird es **noch Mitte/Ende April einen Kabinettsentwurf** geben.
- Nach dem bisherigen Wissen ist mit einer einmaligen Anhörung der Verbände Anfang Juni 2015 zu rechnen.
- **Das Gesetz soll vor der Sommerpause verabschiedet werden.**
- Das Gesetz soll dann drei Monate nach Verkündung, d.h. wahrscheinlich im Oktober 2015 in Kraft treten.
- Geplant ist eine dreimonatige **Übergangsfrist**, so dass die **neuen Regelungen ab dem 1. Januar 2016 greifen könnten.**

## Sozialpädagogische Fragestellungen jenseits des Gesetzesvorhabens

Das Gesetzesvorhaben ist auf der politischen Seite zwischen dem Bund und den Ländern sehr konsensual abgestimmt. Das heißt aber nicht, dass nach Vorliegen des Gesetzesentwurfes von Seiten der IGfH und anderer Partner\_innen nicht noch versucht werden sollte, **einerseits konkrete Verbesserungen für die jungen Menschen zu erreichen**, die z.B. die rechtlich-partizipative Vertretung der jungen Menschen oder die Verhinderung von rein rechnerischen Verteilungsverfahren für die von Flucht geschädigten jungen Menschen betreffen. Andererseits gilt es immer wieder grundsätzlich deutlich zu machen, dass durch eine politisch motivierte schematische Umverteilung von jungen Menschen aus anderen Ländern und der Einführung eines Jugendhilfeanspruches mit veränderten Grundbedingungen für einzelne Gruppen von Heranwachsenden eine höchst problematische Zweiteilung der Jugendhilfe-Standards Vorschub geleistet wird.

Zentral ist es und wird es auch zukünftig sein, sich verstärkt mit der **sozialpädagogischen Frage** auseinanderzusetzen, jenseits aller Debatten um Verfahren und Verteilungszahlen, **was unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe brauchen**. Da sich zunehmend auch neue Einrichtungen für UMF ausgründen, gilt es deutlicher und transparenter zu machen, welche Anforderungen sich für Einrichtungskonzepte, die Gestaltung von Hilfeplanungsprozessen und die Einbindung in soziale Netze ergeben.

Bei der Analyse der Kinder- und Jugendhilfe im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen verdichten sich wie unter einem Brennglas allgemeine strukturelle Fragen (interkommunale Disparitäten, unterschiedliche fachliche Standards in der Unterbringung, immer noch ungenügend ausgebildete Migrationssensibilität, Handlungsunsicherheiten der Fachkräfte, Rassismus in der Jugendhilfe, Prozesse des Verlegens und Abschiebens, Spezialeinrichtungen und Alltagsnähe etc.), die es zu bearbeiten gilt.

Einige Erkenntnisse, die es auch in der Gestaltung des obigen Gesetzesvorhabens zu berücksichtigen gilt, könnte dazu das Projekt des ISM Mainz in Kooperation mit der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH), dem Bundesfachverband Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge

(BUMF) und dem Evangelischen Fachverband für Erzieherische Hilfen in der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe „**Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe**“ beisteuern. <http://www.igfh.de/cms/projekt/unbegleitete-minderj%C3%A4hrige-fl%C3%BChtlinge-einrichtungen-der-kinder-und-jugendhilfe>

Die IGfH als Fachverband für erzieherische Hilfen beschäftigt sich seit vielen Jahren und aktuell mit der Lebens und Unterbringungssituation von jungen unbegleiteten Flüchtlingen zum Beispiel im Rahmen der Arbeit ihrer Fachgruppen (Inobhutnahme, Heimerziehung, Erziehungsstellen und Pflegekinderhilfe, Mädchen und Frauen etc.). Zudem wurde auf der letzten Delegiertenversammlung der IGfH eine kontinuierliche Arbeitsgruppe, die quer zu den Fachgruppen arbeiten soll, ausgegründet.

Die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen wird im obigen Sinne in diesem Jahr verstärkt den Diskussionsprozess – nicht nur rund um das beabsichtigte Gesetzesvorhaben – kritisch sozialpädagogisch begleiten.

Frankfurt am Main, den 28.02.2015

Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) -  
Sektion Deutschland der Fédération Internationale des Communautés Educatives (FICE) e.V. -  
Galvanistraße 30, D-60486 Frankfurt/Main  
Telefon +49-(0)69-633 986-0, Fax: -25  
E-Mail: [igfh@igfh.de](mailto:igfh@igfh.de)  
Internet: [www.igfh.de](http://www.igfh.de)